Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 60 (1968)

Heft: 2

Artikel: Aus dem Gewerkschaftsleben der USA

Autor: Adam, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354319

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus dem Gewerkschaftsleben der USA

Zwei Ereignisse im Gewerkschaftsleben der USA, die gleichzeitig eingetreten sind, haben möglicherweise weittragende Folgen. *Walter Reuther*, der Vizepräsident von *American Federation of Labor-Congress of Industrial Organization (AFL-CIO)*, die als Dachorganisation von etwa 16 Millionen Arbeitnehmern die größte Gewerkschaftsinstitution der Welt ist, ist wegen Differenzen mit dem Präsidenten *George Meany* zurückgetreten. *James Hoffa*, der Präsident der etwa 1,7 Millionen Arbeitnehmer zählenden unabhängigen Gewerkschaft der Lastkraftwagenführer (Teamsters Union) mußte eine achtjährige Gefängnisstrafe antreten.

I. Fall Reuther

Um die Tragweite seines Rücktritts beurteilen zu können, ist es notwendig, kurz auf die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften zurückzugreifen. Als sich herausstellte, daß der 1869 als Geheimorganisation der Bekleidungsarbeiter von Philadelphia gegründete *Order of the Knights of Labor* (Orden der Ritter der Arbeit) infolge der Verquickung sozialer und politischer Forderungen mit seinen idealistischen Reformplänen, die auch die Aufnahme von Mitgliedern aus allen Berufen und Gruppen zuließen, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nur ungenügend vertreten konnte, gründete *Samuel Gompers*, der Präsident der Zigarrenmachergewerkschaft, 1881 eine neue Organisation, aus der 1886 die *American Federation of Labor* (AFL) hervorgegangen ist. Gompers, der die AFL bis zu seinem Tode (1924) führte und sich um die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unvergängliche Verdienste erworben hat – sein Denkmal steht an einer der vornehmsten Straßen Washingtons – betrachtete die gelernten Arbeiter als die wertvollsten Mitglieder; er war der Begründer des «*Craft-Prinzips*», des Zusammenschlusses nach Berufen, und gegen eine Organisation auf der Grundlage des Betriebs- oder Industrieprinzips (industrial unions). Von Parteipolitik hielten sich die Gewerkschaften im allgemeinen fern, es kam in den USA nie weiter als zu Ansätzen der Bildung einer politischen Arbeiterpartei. Das Band der Tradition, das in europäischen Ländern die Arbeiter an ihre Gewerkschaften und die hinter ihnen stehende politische Partei bindet, fehlt.

Der *Noris-La Guardia-Act* von 1932 sicherte den Gewerkschaften die Stellung als Tarifpartner und erkannte Streik- und Boykottmaßnahmen als wirtschaftlich gerechtfertigt an.

Der *New Deal*[1] brachte inmitten der größten Wirtschaftskatastrophe, die die USA im Lauf ihrer Geschichte betroffen hat, dem Gewerkschaftsleben neuen Aufschwung. Im *Industrial Recovery Act* kam es auf Betreiben von *John Lewis*, dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft, zu einer Bestimmung, durch die die Arbeiter das Recht erhielten, ihre Partner für Tarifverhandlungen unbeeinflußt vom Arbeitgeber zu wählen. Diese beiden Gesetze wurden gekrönt durch den *Wagner Act* von 1935, der die Hauptgrundlage für den nun steilen Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung geworden ist.

John Lewis' Absicht, als Grundlage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den Einzelbetrieb zu nehmen, fand keine Gegenliebe bei den Führern der AFL. 1935 kam es zum Bruch. Lewis und andere gründeten den *Congress of Industrial Organization (CIO)*, der nach kurzer Zeit 6 Millionen Mitglieder zählte, womit der CIO die AFL zunächst überflügelte. 1955 kam unter dem Titel *AFL-CIO* die gemeinsame Dachorganisation zustande, in die die AFL 109 Gewerkschaften mit fast 11 Millionen Mitgliedern, der CIO 32 Gewerkschaften mit 5,2 Millionen einbrachten.

Reuther ist ein Arbeiterführer mit tadelloser Vergangenheit. Auf sein Betreiben wurde 1958 die von *Hoffa* geleitete Teamsters Union, die damals mit 1,457 Millionen Mitgliedern die größte amerikanische Gewerkschaft war, wegen schwerer Mißstände aus der AFL-CIO ausgestoßen. Sie ist bis heute nicht wieder aufgenommen worden. Auch bei der Säuberung des Gewerkschaftsverbandes von kommunistisch orientierten Gewerkschaften hat sich Reuther stets durchgesetzt. Seine dynamische Haltung, die Stagnation im Gewerkschaftsleben stets bekämpft hat, mußte auf die Dauer mit der mehr konservativen Einstellung des 72jährigen *Meany*, der Reuther als Träumer bezeichnet, in Konflikt kommen, obwohl sich beide lange Zeit bemühten, die unterschiedlichen Auffassungen auszugleichen. Meany sieht seine Hauptaufgabe darin, die 128 Einzelgewerkschaften der AFL-CIO zusammenzuhalten, während Reuther, der als Vizepräsident der AFL-CIO zugleich der Präsident des CIO und der Präsident der 1,3 Millionen umfassenden Automobilarbeitergewerkschaft ist, vor allem danach strebt, die vielen nichtorganisierten Arbeitnehmergruppen, insbesondere in den unteren Lohnschichten, in der Landwirtschaft, im Textilgewerbe, vor allem auch die weiblichen Arbeitnehmer und die auch in den USA schwer zu organisierenden white collar workers, etwa dem deutschen Angestelltenbegriff gleichzusetzen, zu gewinnen. Letzten Endes ist damit der alte Gegensatz zwischen dem Craft-Prinzip und dem Zusammenschluß nach Einzelbetrieben, der immer unter der Decke weiterlebte, wieder aufgeflammt.

[1] Der Ausdruck stammt vom Kartenspiel, in dem er die Neuverteilung der Karten bezeichnet. In übertragener Bedeutung ist die Neuverteilung der wirtschaftlichen Chancen gemeint.

Reuther beklagt, daß infolge mangelhafter Werbung die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder keineswegs entsprechend der Zunahme des Gesamtbestandes an Arbeitskräften angewachsen ist. Die Gewerkschaften sollten auch am politischen Leben des Landes einen regeren Anteil nehmen, so an der civil-rights-Bewegung, die die Rechte der Neger zu verbessern sucht, in der Außenpolitik, an der Meany zu wenig Interesse nehme.

Die Befürchtung, daß Reuther seine Automobilgewerkschaft aus der AFL-CIO herausnehmen werde, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Die Meinungsverschiedenheiten über Gewerkschaftspolitik erhalten aber gegenwärtig ein besonderes Gewicht, da in der nächsten Zeit nicht nur in der Autoindustrie, sondern in mehreren wichtigen Wirtschaftssektoren die laufenden Tarifverträge enden. Von den 18 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern sind etwa 7 Millionen betroffen. Bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen wird es harte Kämpfe geben, insbesondere in der Autoindustrie, da Reuther ein garantiertes Jahreseinkommen für die Arbeiter anstrebt.

Die gegenwärtige Lage ist für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft nicht ungünstig. Die Richtschnur von 3,2 Prozent für die Lohnerhöhung, die Präsident *Johnson* Anfang 1964 als mit der Steigerung des Sozialprodukts vereinbar bezeichnet hatte, ist zwar schon im Herbst 1964 mit etwa 5 Prozent in der Autoindustrie und später auch in anderen Wirtschaftssektoren überschritten worden. Als 1966 die Gewerkschaften für die künftigen Lohnverhandlungen eine Steigerung von 5 Prozent als Mindestforderung aufstellten, begegneten sie keinem Widerspruch der Regierung. Der Lebenshaltungskostenindex ist im Jahre 1966 um 2,9 Prozent, der Index der Großhandelspreise um 3,2 Prozent hinaufgegangen. Da 1966 auch die Sozialversicherungsbeiträge um 1 Prozent erhöht worden sind, hatten manche Wirtschaftszweige kaum mehr eine reale Lohnsteigerung aufzuweisen.

Nun ist aber das Sozialprodukt, in den USA Nationalprodukt genannt, die Summe von Gütern und Diensten, die die Nation in einem Jahre hervorbringt, vom Rechnungsjahr 1966 (1. Juli 1965 bis 30. Juni 1966) mit 712 Milliarden Dollar so bedeutsam gestiegen, daß es für das Rechnungsjahr 1967 auf 762,5 Milliarden Dollar geschätzt wird. Noch größer ist der Gewinnzuwachs der Gesellschaften, der nach Abzug der Steuern im Jahre 1966 die Rekordhöhe von 48,1 Milliarden Dollar verzeichnete, 75 Prozent mehr als 1961, dem ersten Jahr der seither ununterbrochen herrschenden Konjunktur. Die Dividendenerträge sind seither um 56 Prozent gestiegen, während sich die Durchschnittslöhne der Industriearbeiter nur um 24 Prozent erhöht haben. Zieht man die Minderung der Kaufkraft des Dollars seit 1961 in Betracht, so bleibt eine Reallohnsteigerung von 13 Prozent.

Die Gewerkschaften können also bei den kommenden Lohnverhandlungen mit Recht darauf hinweisen, daß sie an dem Steigen

des Sozialprodukts nicht voll beteiligt worden sind und dies nun ausgeglichen werden muß. Mit einer Lohnerhöhung von 5 Prozent werden sie sich nicht mehr zufrieden geben und weitergehende Forderungen, insbesondere im Rahmen der fringe benefits, der lohnähnlichen Leistungen des Arbeitgebers, stellen, wie längerer Urlaub, mehr bezahlte Feiertage, Erhöhung der Leistungen des Arbeitgebers an die Pensionskassen der Betriebe, Beihilfen bei Erkrankung, Geburt und Tod.

Bei der nach wie vor günstigen Entwicklung der Wirtschaft, die Ende 1966 nur eine leichte Abschwächung erfuhr, bestehen Sorgen hinsichtlich einer weitgreifenden Lohnbewegung hauptsächlich wegen der seit Jahren passiven Zahlungsbilanz, die auch im vergangenen Jahr etwa 1,4 Milliarden Dollar betragen hat und zu einer Abnahme des Goldvorrats auf 13,2 Milliarden Dollar gegenüber dem Höchststand des Jahres 1949 mit 24,6 Milliarden Dollar geführt hat. Die Erfordernisse des Krieges, die Investitionen der amerikanischen Wirtschaft in anderen Ländern, der Reiseverkehr der Amerikaner und die Hilfe für die Entwicklungsländer sind die Hauptursachen der passiven Zahlungsbilanz. Sie könnte durch eine Erhöhung der seit vielen Jahren aktiven Handelsbilanz ausgeglichen werden. Aber hier ist der gewaltige Unterschied zu den Löhnen der westeuropäischen Industrieländer und Japans das Hindernis. Wenn sich dieser Abstand weiter vergrößert, wird der amerikanischen Wirtschaft der internationale Wettbewerb noch mehr erschwert. Es ist nicht abzusehen, wie dann die passive Zahlungsbilanz vermindert oder gar zum Verschwinden gebracht werden könnte.

Nach alter Tradition mischt sich die Regierung in Lohnverhandlungen und Streiks nur in äußerstem Notfall ein. Nach dem *Taft-Hartley-Act* von 1947 kann der Präsident bei Streiks, in denen die nationale Wohlfahrt oder Sicherheit bedroht ist, die Wiederaufnahme der Arbeit für 80 Tage anordnen. Eine zweite Anordnung dieser Art kann er jedoch nicht erlassen. Ein einziges Mal seit dem Ende des zweiten Weltkriegs haben Präsident *Kennedy* und der Kongreß im August 1963 durch ein in letzter Stunde erlassenes Gesetz einen Streik der Eisenbahner hintangehalten. Bei andern Streiks der letzten Jahre, die schwer ins Wirtschaftsleben eingegriffen haben, hat sich die Bundesregierung neutral verhalten, so bei einem 25tägigen Streik des Personals der Zeitungen in New York, einem 35tägigen Streik der Hafenarbeiter, einem 75tägigen der Handelsschiffahrt im Osten des Landes, einem sechswöchigen gegen verschiedene Luftfahrtgesellschaften. Es sind manche Stimmen lautgeworden, die nach neuen Wegen suchen, um die unzulänglichen Bestimmungen des Taft-Hartley-Act zu verbessern und dem Präsidenten weitere Vollmacht zu geben. Auch hier werden die Gewerkschaften möglicherweise harte Sträuße auszufechten haben.

Bei den kommenden Lohnverhandlungen muß man sich auf ausgedehnte Streiks in bedeutsamen Wirtschaftszweigen gefaßt machen.

Die Streikkassen der Gewerkschaften sind gefüllt, zum Beispiel verfügt die Gewerkschaft der Automobilarbeiter über einen Fonds von 54 Millionen Dollar. Größere Sorgen als solche finanzieller Art dürfte der Konflikt Meany-Reuther bringen, wenn er zu einer Zersplitterung der Gewerkschaftsfront führen sollte. In letzter Frist bedurfte es ernstlicher Bemühungen der Führung der AFL-CIO, um wildcat strikes (wörtlich «Wildkatzenstreiks») einzelner lokaler Gewerkschaften zu unterbinden, die sich nicht an die Richtlinien der obersten Leitung halten wollen. Wenn aber diese in sich uneinig ist, ist schwer abzusehen, wie dem amerikanischen Wirtschaftsleben große Erschütterungen in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den kommenden Monaten erspart bleiben sollen.

II. Fall Hoffa

Ganz anders liegt der Fall Hoffa, aber er bringt manche Parallele zum Fall Reuther. Hoffa, der Vorsitzende der Teamsters Union, ist das «Muster» eines gewalttätigen, rücksichtslosen, aber außerordentlich gewandten Gewerkschaftsführers. Er hat sich vor Jahren gerühmt, er könnte das amerikanische Wirtschaftsleben in wenigen Tagen zum Erlahmen bringen, wenn er seine 1,7 Millionen Mitglieder zum Streik auffordern würde. Diese Mitglieder verehren ihn wie die Ismaeliten ihren Aga Khan, obwohl er mehrfach wegen Erpressung und Mißbrauch von Gewerkschaftsgeldern vor Gericht gestanden hat und die Teamsters Union aus der AFL-CIO wegen unsauberer Methoden und Verbindungen zur Unterwelt ausgeschlossen worden ist. Er hat seine Gewerkschaften zu den höchstbezahlten Arbeitnehmern der USA gemacht und 3,24 Dollar Stundenlohn als Mindestlohn durchgesetzt. Als Gehalt wurden ihm 100 000 Dollar jährlich bewilligt, womit er dem Präsidenten der USA gleichsteht. *Robert Kennedy*, dem Bruder des Präsidenten und damals Leiter des Justic Department, gelang es in zähem Kampf, Hoffa wieder vor Gericht zu bringen. Er erhielt nach Verhandlungen, die sich mehrere Jahre hingezogen haben, wegen versuchter Bestechung von Mitgliedern der Geschworenenbank acht Jahre Gefängnis. Das Urteil wurde rechtskräftig, Hoffa mußte vor kurzem seine Strafe antreten. Eine zweite Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis wegen Mißbrauchs von Gewerkschaftsgeldern ist noch nicht rechtskräftig.

Am 1. April 1967 lief der Tarifvertrag mit einem Verband von 12 000 Transportfirmen ab, die zusammen 450 000 Lastkraftwagenführer beschäftigen. Unter Hoffas erfahrener Hand, die keine Extravaganzen lokaler Gewerkschaften duldet, waren die Verhandlungen zwar zäh, aber immerhin vorwärtsgegangen. Der Lage der truck companies, die im Vorjahr nur 3 Prozent Reingewinn erzielt haben, hat er Verständnis entgegengebracht. Der Arbeitgeberschaft liegt alles daran, daß auf der andern Seite der Konferenztafel ein

Mann mit voller Autorität spricht. Ein Nachfolger seines Formats ist bisher nicht gefunden worden. Eine Zersplitterung der Führung würde unweigerlich zu Streiks führen, die sich möglicherweise ausweiten und das ganze Wirtschaftsleben verheerend beeinflussen könnten. Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten erörtert man jetzt die Frage, ob es Hoffa gestattet wird und ob es möglich wäre, daß er vom Gefängnis aus weiter die Gewerkschaft leitet. Finanzielle Sorgen muß er sich nicht machen; denn für die Zeit seiner Gefangenschaft sind seiner Frau 45 000 Dollar jährlich bewilligt worden.

Dr. Robert Adam, München

Die UAW boykottiert den Gewerkschaftskongreß

Scharfer Gegensatz zwischen Walter Reuther und George Meany

Wochen und Monate ging es um die Frage, ob Walter Reuther, der Präsident der großen United Automobile Workers-Union (UAW), wirklich und persönlich auf der Dezembertagung 1967 der großen Arbeiterorganisation AFL-CIO seine Kampfansage an deren Präsidenten George Meany weiterführen werde. Von Sachverständigen in Labour-Fragen wurde stark bezweifelt, ob dieses Treffen überhaupt stattfinden werde.

Die Frage wurde entschieden

Diese Frage wurde entschieden: die Führer der UAW faßten den Entschluß, an der Tagung der AFL-CIO *nicht teilzunehmen.* Als Grund dafür wurde angegeben, daß die Verhandlungen der UAW mit der General Motors Corporation noch im Gang seien, daß daher keine Zeit zur Vorbereitung der Teilnahme an der Miami-Versammlung gegeben sei, und daß jedenfalls Walter P. Reuther, der die Verhandlungen mitGeneral Motors führt, nicht nach Miami kommen könnte.

Ist das der wirkliche Grund?

Man darf es wohl annehmen. Aber Anhänger der Meany-Partei und auch objektive Sachverständige in Labor-Fragen, sind anderer Ansicht. Sie vermuten, daß Mr. Reuther und seine Union den offenen Kampf auf dem Unionstag vermeiden wollten, weil sie dort bei der Abstimmung eine Niederlage mit Sicherheit zu erwarten hätten. Mr. Meany hat viele Anhänger in der 14 Millionen Mitglieder zählenden AFL-CIO, von der die 1,5 Millionen Mitglieder zählende UAW einen wichtigen Bestandteil bildet.